



# Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR INTEGRATION

PRESSESTELLE

## MEDIENINFORMATION

12. April 2012

### **Mikrozensus 2010 zum Schulbesuch von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund in Baden-Württemberg**

#### **Ministerin Bilkay Öney: „Land und Migranten müssen gemeinsam Voraussetzungen für Bildungserfolge schaffen.“**

Das Statistische Landesamt Baden-Württemberg hat heute (12. April) Ergebnisse des Mikrozensus 2010 zum Schulbesuch von unter 20-Jährigen vorgelegt. Die Zahlen belegen deutliche Unterschiede zwischen jungen Baden-Württembergern mit und ohne Migrationshintergrund. „Sowohl Land als auch Migranten müssen gemeinsam Voraussetzungen für Bildungserfolge schaffen“, sagte Bilkay Öney, Ministerin für Integration, heute in Stuttgart.

Der Mikrozensus 2010 ergibt: Während von den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund 12,4 Prozent auf einer Hauptschule waren, besuchte von den Migranten mehr als jeder Vierte eine solche Schule (26,3 Prozent). Bei Jugendlichen ohne deutschen Pass waren es 38,0 Prozent, bei Jugendlichen mit türkischen Wurzeln sogar 40,7 Prozent. Umgekehrt waren Kinder aus Migrantenfamilien deutlich seltener am Gymnasium zu finden: Während fast jeder zweite Jugendliche ohne Migrationshintergrund (48,8 Prozent) ein Gymnasium besuchte, war es unter den Migranten gut jeder Dritte (35,7 Prozent). Unter Jugendlichen ohne deutschen Pass war es nicht mal mehr jeder Vierte (22,7 Prozent).

„Frühkindliche Sprachförderung und Bildung sind die Voraussetzungen für den späteren Bildungserfolg“, sagte die Ministerin. Immer noch liege die Kita-Besuchsquote von Einwanderer-Kindern bundesweit unter dem allgemeinen Schnitt. Öney: „Aus integrationspolitischer Sicht ist das von der Bundesregierung geplante Betreuungsgeld völlig falsch.“ Blieben Kinder aus bildungsfernen Fami-

lien zu Hause, schafften sie viel seltener als Kita-Kinder den Sprung aufs Gymnasium. „Wir müssen bei den Eltern werben, Bildungsangebote anzunehmen. Die Mittel, die für das Betreuungsgeld vorgesehen sind, wären in der Elternarbeit viel besser angelegt“, sagte Öney. Das Interesse der Eltern am Bildungserfolg ihrer Kinder sei unverzichtbar.

Um die Zusammenarbeit zwischen Eltern und Bildungseinrichtungen zu unterstützen und Bildungspartnerschaften vor Ort zu verankern, führt das Ministerium für Integration zusammen mit der Robert Bosch Stiftung und der Breuninger Stiftung das Projekt „Netzwerke für Bildungspartner“ weiter. Gemeinsam mit den beteiligten Stiftungen überprüft das Ministerium, wie das Projekt mit weiteren Maßnahmen zur Förderung der Erziehungskompetenz von Eltern verzahnt werden kann.

„Die grün-rote Landesregierung hat sich zum Ziel gesetzt, die Chancengerechtigkeit in Baden-Württemberg zu verbessern. Es war richtig, die Verbindlichkeit der Grundschulempfehlung abzuschaffen“, so die Ministerin für Integration. Damit habe die Landesregierung einen wichtigen Schritt gemacht, um strukturelle Diskriminierung im Bildungsbereich zu beenden. Öney: „Und es ist auch richtig, die Landesverwaltung interkulturell zu öffnen. Kinder mit Migrationshintergrund brauchen Vorbilder, die ihnen zeigen, dass sich Anstrengung lohnt. Lehrerinnen und Lehrer mit eigener Zuwanderungsgeschichte können zudem Brücken zu den Eltern bauen. Wir werben bei Migrantinnen und Migranten für den Lehrerberuf.“